
1635/AB XXII. GP

Eingelangt am 14.06.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Justiz

Anfragebeantwortung

zur Zahl 1653/J-NR/2004

Die Abgeordneten zum Nationalrat Bettina Stadlbauer, Kolleginnen und Kollegen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Opferfonds und Opferschutzeinrichtungen“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1 bis 16:

Die Stärkung der Rechte des Opfers und die Förderung seiner Interessen stellen zentrale Anliegen meiner Reformbemühungen dar. Ich habe daher stets die Bemühungen vieler Expertinnen und Experten unterstützt, die daran beteiligt waren, dass mit dem Bundesgesetz, mit dem die Strafprozessordnung neu gestaltet wird (Strafprozessreformgesetz), BGBl. I Nr. 19/2004, die verfahrensrechtliche Stellung des Opfers im Strafverfahren eine bedeutende Aufwertung erfährt.

Opfer strafbarer Handlungen benötigen jedoch nicht nur eine sichere verfahrensrechtliche Stellung, die ihnen Informations-, Beteiligungs- und Entschädigungsrechte gewährt, sondern vor allem rasche Beratung und konkrete Hilfestellung zur Überwindung ihrer Betroffenheit und akuten Notsituation. Als ersten Schritt in diese Richtung habe ich in Kooperation mit der Rechtsanwaltskammer Wien einen „Notruf für Opfer“ über die Hotline 0800 112 112 eingerichtet, der allen Betroffenen von Straftaten kostenlos und rund um die Uhr zur Verfügung steht. Opfer erhalten von Rechtsanwälten kompetente Auskunft über rechtliche Fragen im Zusammenhang mit Straf-

taten und erhalten Informationen über sonstige im Bereich der Opferhilfe tätigen Stellen, an die sie sich in ihrem konkreten Fall wenden können.

Die Anfragebegründung nimmt Bezug auf eine APA- Meldung vom 1. April 2004, in der über mein anlässlich einer Pressekonferenz am selben Tag vorgestelltes Vorhaben berichtet wird, einen Opferfonds einzurichten. Die während dieser Pressekonferenz zur Verfügung gestellte Unterlage „Verbesserung der Verbrechenopferhilfe“ ist meiner Anfragebeantwortung als Anhang angeschlossen. Daraus ergibt sich, dass ich eine Diskussionsphase über die grundsätzliche Zielsetzung einleiten will, die unübersichtliche Rechtslage auf dem Gebiet der Opferhilfe zu vereinfachen und meine Vorstellungen über die Einrichtung eines Opferhilfefonds zur vorschussweisen Entschädigung von Opfern schwerer Gewalttaten präsentierte. Zur Finalisierung und Umsetzung des Konzepts sind noch andere, mit Angelegenheiten des Opferschutzes und der Opferhilfe befasste Ressorts (Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz; Bundesministerium für Inneres; Bundesministerium für Gesundheit und Frauen) einzubinden, deren Fachmeinung noch nicht vorliegt.

Da eine Fortentwicklung und Finalisierung dieser Ideen jedenfalls einige Zeit in Anspruch nehmen wird und auch legislative Vorkehrungen erfordert, habe ich meinem Ressort den Auftrag erteilt, ein konkretes Konzept zu einer Opferhilfestelle zu entwickeln, die rasch und unbürokratisch Opfern schwerer Gewalttaten (Verbrechen gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit, Raub und Verbrechen gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Integrität) finanzielle Hilfestellung bietet. In erster Linie soll natürlich Opfern mit einem besonderen Grad an Betroffenheit (Trauma) und einer wirtschaftlich schwachen Stellung geholfen werden.

Die Klärung, auf welche Weise eine solche Opferhilfsstelle finanziert werden kann, wird ebenfalls noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Ich bitte daher um Verständnis, dass ich auf die vorliegenden Fragen noch nicht detailliert eingehen kann. Ich halte dies jedoch auch im Sinn einer seriösen Vorgangsweise und der Ablehnung einer bloßen Ankündigungspolitik für unerlässlich, weil die grundlegenden Fragen der Organisation und der Finanzierung einer solchen Einrichtung feststehen müssen, bevor bei Opfern konkrete Erwartungen geweckt werden. Auf der anderen Seite muss man für die Lösung schwieriger und komplexer Materien

mitunter den Weg in die Öffentlichkeit gehen, um den notwendigen Diskussionsprozess in Gang zu setzen. Meine in der erwähnten Pressekonferenz präsentierten Vorstellungen werde ich jedenfalls für mein Ressort mit Nachdruck weiter verfolgen.



BEILAGE



VERBESSERUNG DER VERBRECHENSOPFERHILFE

PRESSEINFORMATION

INHALTSVERZEICHNIS

- 1. Einrichtung eines Verbrechensofferhilfefonds
(Vorauszahlung an Verbrechensoffer und Regress gegen die Täter)**
- 2. Geltende Rechtslage betreffend die Verbrechensofferhilfe**
- 3. Europäische Entwicklung in der Verbrechensofferhilfe**
- 4. Für welche Delikte soll es Vorauszahlungen durch den Fonds geben?**
- 5. Zusammenfassung**

VERBESSERUNG DER VERBRECHENSOPFERHILFE

1. Einrichtung eines Verbrechensopferhilfefonds

1.1. Das neue System der Hilfestellung für Verbrechensopfer:

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Staates, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Der Bürger ist nur in eingeschränktem Umfang in der Lage, sich gegen Verbrechen zu schützen. Deshalb muss der Staat dem Bürger, wenn er Opfer eines Verbrechens wird, möglichst weitgehend Schutz und Hilfe gewähren.

Justizminister Dr. Dieter Böhmdorfer plant einen Fonds einzurichten, der an Opfer von bestimmten Gewaltverbrechen schnell und unbürokratisch Hilfe durch Vorauszahlung (Akontierung) ihrer Schadenersatzforderungen leistet. Die Forderungen der Verbrechensopfer gegen die Täter soll auf diesen Fonds übergehen und vom Fonds in- und außerhalb von Strafverfahren gegen die Täter im Regresswege geltend gemacht werden.

Den Opfern wird dadurch doppelt geholfen:

einerseits durch rasche und unmittelbare Vorauszahlung ihrer Ansprüche, andererseits durch die professionelle (auch anwaltliche) Geltendmachung ihrer darüber hinausgehenden Forderungen im Strafverfahren gegen die Täter.

Die Täter können durch Anerkennung oder sonstige Zahlung der Ansprüche den Milderungsgrund der Schadensgutmachung geltend machen.

Die Mittel des Fonds sollen auch aus den von den verurteilten Beschuldigten zu bezahlenden Geldstrafen dotiert werden, allenfalls auch aus einem Anteil an den Geldbußen aus angenommenen Diversionsangeboten.

1.2. Zielsetzung des Verbrechenopferhilfefonds

- 1.2.1. Sicherstellung der Hilfeleistung an Verbrechenopfer
- 1.2.2. Entbürokratisierung der Opferhilfe
- 1.2.3. Bündelung aller bereits bestehender Opferentschädigungsregelungen - und Einrichtungen im Einvernehmen mit den selben
- 1.2.4. Finanzierung des neuen Opferhilfefonds durch Anteile der gerichtlich verhängten Geldstrafen und Geldbußen bei Diversionsmaßnahmen
- 1.2.5. Durchsetzung der Geldansprüche von Verbrechenopfern in Gerichtsverfahren
- 1.2.6. Zivilrechtlicher Regress gegen die Täter

1.3. Umsetzung des Verbrechenopferhilfefonds

1.3.1. Die Durchforstung und Bündelung aller bundesweit bestehenden Opferentschädigungsregelungen (siehe insbesondere Punkt II. - Verbrechenopfergesetz - VOG) und Eingliederung der 166 Opferhilfevereine (mit deren Einvernehmen) wird Synergie- und Einsparungseffekte bringen. Gleichzeitig soll damit eine Entbürokratisierung verbunden sein. Der Zugang der Bürger zu den Opferhilfeeinrichtungen soll einfach und übersichtlich werden. Die derzeitige Rechtslage ist unübersichtlich.

1.3.2. Die Verbesserung der Stellung der Opfer soll zu einem Rechtsanspruch führen. Begonnen wird mit einer zumindest teilweisen Entschädigung. Es ist klar, dass zunächst an besonders schwerwiegend betroffene und bedürftige Opfer gedacht wird, die durch keine andere staatliche Unterstützungsleistung abgesichert sind. Ansprüche aus Verbrechen gegen Leib und Leben, die Freiheit und gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung sollen daher vorrangig berücksichtigt werden. Das sind solche Verbrechen, gegen die sich der Bürger selbst am wenigsten schützen kann.

1.3.3. Eine breit angelegte Kampagne soll diese zentrale Einrichtung mit dem Ziel bekannt machen, dass Opfer rasch Hilfe erhalten und sich nicht an mehrere Behörden und private Einrichtungen wenden müssen. Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen soll das Wissen und die Erfahrung der ehrenamtlichen Mitarbeiter der Opferhilfevereine in einem Beirat verwertet werden.

1.3.4. Die Organisation des Fonds soll nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen straff und schlank erfolgen, damit die bereitgestellten Mittel unmittelbar den Opfern zu gute kommen und nicht von Bürokratie verschlungen werden. Die sofortige Vorauszahlung an die Opfer und der unverzügliche Regress gegen die Täter durch den Fonds sollen die spezialpräventive Wirkung unterstützen, weil dem Täter vor Augen geführt werden kann, dass die von ihm geleistete Geldstrafe einem sinnvollen Zweck zugeführt wird.

1.3.5. Die Einbringlichkeit der Forderungen gegenüber dem Täter wird verstärkt, weil der Fonds in der Lage ist, Verfahren einzuleiten, die ein einzelnes Opfer oft nicht auf sich nimmt.

1.3.6. Durch die Bindung eines Teils der Einnahmen aus Geldstrafen, die in Strafverfahren von den Gerichten verhängt werden, wird die Aufgabe des Staates unterstrichen, sich ernsthaft um Anliegen und Ansprüche von Opfern zu kümmern. Ein Teil der Geldstrafen und allenfalls auch Geldbußen aus Diversionsverfahren sollen künftig konkret (gewidmet) der Opferhilfe zu Gute kommen.

1.3.7. Die Tätigkeit des Fonds soll evaluiert werden, sodass in weiterer Folge eine Ausweitung der Ansprüche der Verbrechensoffer überlegt werden kann, nachdem die erforderlichen Erfahrungen (siehe Punkt 4. - Einschätzung der Kostenfolgen) gesammelt wurden. Im übrigen geht in Österreich wieder damit der europäische Entwicklung voran (siehe Punkt 3.)

2. Geltende Rechtslage betreffend die Verbrechenshilfe:

2.1. Bundesgesetz vom 9. Juni 1972, BGBl. Nr. 288, über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen (Verbrechensopfergesetz - VOG):

zuständig: BMSG

2.1.1. Anspruchsberechtigt sind:

- österreichische Staatsbürger und Staatsangehörige von EWR- Mitgliedstaaten (wenn die Tat im Inland begangen wurde oder sie ihren Wohnsitz in Österreich haben) wenn mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass sie
- durch eine mit einer mehr als **sechsmonatigen Freiheitsstrafe** bedrohte rechtswidrige und **vorsätzliche Handlung** eine **Körperverletzung** oder eine **Gesundheitsschädigung** erlitten haben.
- Wegen einer **Minderung der Erwerbsfähigkeit** ist Hilfe nur zu leisten, wenn dieser Zustand voraussichtlich **mindestens sechs Monate dauern** wird oder durch die Tat eine **schwere Körperverletzung** (§ 84 Abs. 1 StGB) bewirkt wird.
- Wurde durch die Tat der **Tod eines Menschen** verursacht, dann ist den **Hinterbliebenen**, für deren **Unterhalt der Getötete nach dem Gesetz zu sorgen hatte, Hilfe zu leisten.**

2.1.2. Umfang des Ersatzes durch den Verbrechensofferhilfefonds:

Als **Hilfeleistungen** sind vorgesehen:

- Ersatz des **Verdienst-** oder **Unterhaltsentganges**¹;
- **Heilfürsorge** (ärztliche Hilfe, Heilmittel, Heilbehelfe, Kosten einer psychotherapeutischen Behandlung, etc.);
- **orthopädische Versorgung** (Ausstattung mit Körperersatzstücken, Kostenersatz für Änderungen an Gebrauchsgegenständen sowie für die Installation behinderungsgerechter Sanitärausstattung, Zuschüsse zu den Kosten für die behinderungsgerechte Ausstattung von mehrspurigen Kraftfahrzeugen, Beihilfen zur Anschaffung von mehrspurigen Kraftfahrzeugen);
- **medizinische Rehabilitation** (Unterbringung in Krankenanstalten, die vorwiegend der Rehabilitation dienen, etc.);
- berufliche Rehabilitation;
- soziale Rehabilitation;
- Pflegezulagen, Blindenzulagen;
- **Ersatz der Bestattungskosten.**

2.1.3. Budgetmittel:

2003 wurden Hilfeleistungen im Gesamtausmaß von **ca. 1,802 Millionen Euro** gewährt, der **Budgetansatz** betrug für 2003 1,739 Millionen Euro. Auch für **2004** beträgt der **Budgetvoranschlag** im Verbrechensoffergesetz **1,739 Millionen Euro**.

2.2. § 373a (geltende) StPO (Vorschusszahlungen für Privatbeteiligte):

Nach dieser Bestimmung hat der Bund auf **Schadenersatzansprüche**, die dem **Privatbeteiligten** gegenüber dem Täter **rechtskräftig zuerkannt** worden sind, **Vorschusszahlungen** zu leisten. Voraussetzung ist allerdings u.a., dass die **Zahlung vom Täter ausschließlich oder überwiegend deshalb nicht erlangt** werden kann, **weil an ihm eine Strafe vollzogen** wird. Weiters darf **kein Anspruch nach dem Verbrechensoffergesetz** bestehen. Die Vorschussgewährung auf **Schmerzensgeld** ist ebenso **ausgeschlossen**. Die Vorschüsse können daher nur in

¹ Der Ersatz darf jedoch zusammen mit dem Einkommen des Betroffenen den Betrag von monatlich 2 068,78 Euro nicht überschreiten. Diese Grenze erhöht sich auf 2 963,23 Euro, sofern der Anspruchsberechtigte seinen Ehegatten überwiegend erhält. Die Grenze erhöht sich weiters um 217,07 Euro für jedes Kind (§ 1 Abs. 6). Für Witwen (Witwer) bildet der Betrag von 2 068,78 Euro die Einkommensgrenze. Die Grenze beträgt für Waisen bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres 772,37 Euro, falls beide Elternteile verstorben sind 1 160,51 Euro und nach Vollendung des 24. Lebensjahres 1 372,14 Euro, falls beide Elternteile verstorben sind 2 068,78 Euro. Diese Beträge sind ab 1. Jänner 2002 und in der Folge mit Wirkung vom 1. Jänner eines jeden Jahres mit dem für den Bereich des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes festgesetzten Anpassungsfaktor zu vervielfachen.

einer begrenzten Zahl von Fällen in Anspruch genommen werden. Soweit der Bund einen Vorschuss gewährt, gehen nach Abs. 9 dieser Bestimmung die Ansprüche des Antragstellers von Gesetzes wegen auf den Bund über (**Legalzession**). Die Bestimmung hat sich in der Praxis wegen der breiten Ausschlussgründen als eher unwirksam erwiesen; 2003 wurde ein Betrag von **97.000.- Euro** aus diesem Titel geleistet.

Beide Entschädigungsregelungen haben sich durch den bürokratischen Nachweis der Ansprüche als schwerfällig erwiesen. Der neu zu schaffende Fonds soll mit geringem Verwaltungsaufwand dem Opfer rasch Hilfe leisten.

2.3. Art. VI der Strafprozessnovelle 1999, BGBl. I Nr. 55 (Diversion - Prozessbegleitung):

Seit dem Jahr 2000 gewährt das BMJ **Förderungen für Prozessbegleitung**. Zielgruppe sind **Minderjährige**, die Opfer von **Misshandlungen** und **sexuellem Missbrauch** geworden sind, sowie deren Bezugspersonen. Die Betreuung und Unterstützung erfolgt im Rahmen einer psychosozialen und juristischen Prozessbegleitung. Erstmals stand im Rahmen des Budgets für das Jahr 2000 ein Betrag von drei Mio. S zur Verfügung, der für das Jahr 2001 auf sechs Mio. S und im Jahr 2002 auf ca. 725.000 Euro (10 Mio. Schilling) erhöht werden konnte. Im Jahr 2003 standen ca. 900.000 Euro für Förderzwecke zur Verfügung, von denen im Abrechnungszeitraum **4. Quartal 2002 bis 3. Quartal 2003 567.236,64 Euro** von den Opferhilfeeinrichtungen in Anspruch genommen wurden. Für das Jahr **2004** sind im BVA **1,000.000 Euro budgetiert**.

2.3.1. Kommentar zur geltenden Rechtslage und gegenwärtige Basis:

Die geltende Rechtslage ist unübersichtlich, zersplittert, formalistisch und von schwieriger Zugänglichkeit für die Verbrechenopfer gekennzeichnet. Die Anspruchsvoraussetzungen sind unterschiedlich, die Behördenzuständigkeit nur für „Eingeweihte“ verständlich. Für die Verbrechenopfer ist nicht erkennbar, ob - und inwieweit - Rechtsansprüche bestehen. Die faktische Gleichbehandlung der aus allen Gesellschaftsschichten kommenden Verbrechenopfer scheint nicht gegeben.

3. Europäische Entwicklung für Verbrechensofferhilfe:

3.1. Die Kommission hat dem Rat am 17. Oktober 2002 einen Vorschlag für eine **Richtlinie zur Entschädigung der Opfer von Straftaten** vorgelegt.

Der Vorschlag verfolgt ein zweifaches Ziel:

Zum einen sollen **Mindestnormen für die Entschädigung der Opfer von Straftaten** festgelegt werden und zum anderen soll eine Regelung eingeführt werden, durch die gewährleistet ist, dass Opfer Zugang zu einer solchen Entschädigung erhalten. Im Gesamtansatz soll der Vorschlag dem Aufruf des Europäischen Rates (Tampere), für angemessenen Schutz der Opfer von Straftaten zu sorgen, gerecht werden. Grundsätzlich sollen nach diesem Entwurf Mitgliedstaaten für die Entschädigung von Opfern sorgen, die eine **persönliche Schädigung** erlitten haben, die unmittelbar auf eine im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats **vorsätzlich begangene Gewalttat** zurückzuführen ist. Ist das Opfer an seinen **Verletzungen gestorben**, so sorgen die Mitgliedstaaten für die **Entschädigung von Personen**, die in einem engen Familienverhältnis zu dem Opfer standen. Der **Entschädigungsbetrag** soll von der zuständigen Behörde unter Berücksichtigung des Betrags festgestellt werden, der als **Schadensersatz für vergleichbare Schädigungen** zugesprochen werden könnte. Die Mitgliedstaaten sollen jedoch auch **einen Höchstbetrag** für den Gesamtbetrag der Entschädigung festlegen können, die an einen einzigen Antragsteller oder für einen einzigen Antrag ausgezahlt werden kann, oder die auszuzahlende **Entschädigung für den Verdienstaufschlag oder den Unterhaltsverlust** unter Berücksichtigung der **finanziellen Lage des Antragstellers begrenzen**. Die Mitgliedstaaten sollen weiters eine **Entschädigung für Nicht-Vermögensschäden** gemäß den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften **ausschließen können**.

3.2. Kommentar zur europäischen Entwicklung:

Auch diese Initiative spricht für eine Ausweitung der staatlichen Bemühungen um eine Ausweitung der Opferhilfe. Die bloße Erfüllung des EU-Standards ist für Österreich nicht ausreichend, wenn es seinen guten Ruf als eines der sichersten Länder der Welt und als vorbildlicher Rechtsstaat fertigen und ausbauen will.

4. Für welche Delikte soll es Vorauszahlungen durch den Fonds geben?

4.1. Delikte gegen Leib und Leben:

- **Opfer von Verbrechen: 459** (Mord; Totschlag, Körperverletzung mit schweren Dauerfolgen, mit tödlichem Ausgang oder absichtlich schwere Körperverletzung; schwere Fälle von Kindesmisshandlung)
- Opfer **schwerer Körperverletzung: 3326**

4.2. Delikte gegen die Freiheit:

- **Opfer von Verbrechen: 599** (Entführung und schwere Nötigung)

4.3. Raub:

- **Insgesamt: 3053 Opfer**

4.4. Sittlichkeitsdelikte:

- **Insgesamt: 1126 Opfer**

4.5. Die Zusammenrechnung ergibt **8563 Opfer** von Verbrechen gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit, von Raub, sämtlicher Sittlichkeitsdelikte und schwerer Körperverletzung). Die Tendenz ist steigend. Die Verunsicherung der Bevölkerung nimmt zu.

4.6. Welche Mittel benötigt der Verbrechensofferhilfefonds?

Rechnet man von einer durchschnittlichen Vorschusszahlung in der Höhe von 1000 Euro und geht man (siehe 4.5) von ca. 9000 Fällen (mit steigender Tendenz) aus, so würde sich ein Aufwand von rund 10 Millionen Euro errechnen.

4.7. Wie soll die Finanzierung des Verbrechenopferhilfefonds erfolgen?

Der Tagessatz der Geldstrafen beträgt derzeit mindestens Euro 2,- und höchstens Euro 327,--. Die letzte Anpassung erfolgte mit Wirkung vom 1.1.1988. Seither ist eine Steigerung des Verbraucherpreisindex von mehr als 35 % zu verzeichnen.

Eine kaufkraftorientierte Anpassung der Tagessätze würde zu Mehreinnahmen führen und die Budgetierung des Fonds ermöglichen, ohne das derzeitige Budget zu belasten. Damit wäre auch der Verwaltungsaufwand abgedeckt.

Außerdem können ihm - im Einvernehmen mit dem BMSG - die Mittel des Verbrechenopfergesetzes (VOG) zugeführt werden.

Im Rahmen der Unterhaltsbevorschussung werden im Regressweg mehr als 40 % rückgeführt. Diese Ziffer lässt erwarten, dass die Vorauszahlungen der Fonds in dem selben Ausmaß hereingebracht werden können.

5. Zusammenfassung:

- Es ist eine der wichtigsten Aufgabe des Staates, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und dem Bürger, der Opfer eines Verbrechens wird, Schutz und Hilfe zu gewähren.
- Ein neuer „Verbrechenshilfefonds“ soll Schadenersatzansprüche von Bürgern, die Opfer von Gewaltverbrechen wurden, bevorschussen, diese Beträge im Regresswege von den Tätern einfordern und auch darüber hinaus den Verbrechenopfern Schutz und Hilfe geben bzw. ihre Interessen wahren.
- Bestehende Opferhilferegeln und Einrichtungen sollen eingebunden werden.
- Die geltende Rechtslage ist unübersichtlich, von vermeidbarer Bürokratie gekennzeichnet und es gibt keinen Rechtsanspruch.
- Der Verbrechenopferhilfefonds soll evaluiert und seine Positionen im Interesse der Bürger zunehmend ausgebaut werden.
- Zunächst sollen Bürger Schadenersatzleistungen akontiert bekommen, die Opfer von Delikt von Leib und Leben, gegen die Freiheit, Opfer von Raubüberfällen und Sittlichkeitsdelikten wurden.

- Dies sind derzeit insgesamt ca. 9000 in Österreich - die Tendenz ist steigend.
- Finanzierung des Verbrechenopferhilfefonds:
ausgehend von derzeit 9000 schweren Fällen in Österreich und von der Voraussetzung, dass die Durchschnittszahlung pro Verbrechen 1000 Euro beträgt, ergibt dies einen Bedarf von 10 Millionen Euro. Ein Teil dieses Betrages könnte (nach dem Vorbild des Unterhaltsbevorschussungssystems) von den Tätern im Regresswege hereingebracht werden, der Rest dadurch, dass die Geldstrafen, die in Strafverfahren verhängt werden und seit 1987 nicht angepasst wurden, unter Anwendung des Verbraucherpreisindex angepasst werden. Die letzte Festsetzung erfolgte zum 1.1.1988, seit diesem Zeitpunkt ist der Verbraucherpreisindex um mehr als 35 % gestiegen. Auch eine Anpassung der Geldbußen in Diversionsverfahren ist vorstellbar. Erfolgt diese Anpassung, kann der Fonds seine Aufgabe selbst finanzieren, ohne das laufende Budget zu belasten.
- Jedenfalls soll der Fonds zu einer zentralen Anlauf-, Informations- und Unterstützungsstelle für alle Opfer von Verbrechen werden, damit Österreich weiterhin den Ruf behält, eines der sichersten Länder der Welt zu sein und ein deutliches Zeichen setzt, dass ihm die Sicherheit seiner Bewohner ein überaus höchst wichtiges Anliegen ist.

April 2004